

Herr Waldästl fragte, ob es ein gangbarer Weg wäre, dass Interessenbekundungsverfahren durchzuführen und den Realisierungszeitraum dabei zu einem späteren Zeitpunkt, nach 2024, festzulegen.

Der Bürgermeister antwortete, dass es bei volatilen Rahmenbedingungen im Hinblick auf Baukosten, Dienstleistungen durch Handwerker oder der Entwicklung von Zinsen für einen Investor nicht sehr attraktiv sein könnte zu einem frühen Zeitpunkt ein Interesse zu bekunden und erst deutlich später mit dem eigentlichen Vorhaben zu beginnen.

Frau Haarmann tat kund, dass der Vorschlag von Herrn Waldästl rein rechtlich möglich wäre.

Herr Gleß gab zu bedenken, dass man bei sich rasch ändernden Rahmenbedingungen darüber bewusst sein solle, dass dies langfristig zu höheren Kosten führen könne und die Stadt derzeit eher weniger daran interessiert sei, zwischendurch viel Zeit verstreichen zu lassen, eher im Gegenteil.

Herr Waldästl sagte, dass hier wie vorgeschlagen beschlossen werden könne, die Verwaltung aber sich intern nochmals mit diesem Vorschlag beschäftige und dies abwäge.

Der Bürgermeister erwiderte, dass dies in der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause 2024 nochmal aufgegriffen werden könne.

Herr Lienesch schlug vor, dass in ca. einem Jahr erneut eine Bewertung vorgenommen werden solle, ob zu diesem Zeitpunkt eher KiTa-Plätze oder eher Plätze für Geflüchtete benötigt würden.